



Beschlüsse

**des Kleinen Landesparteitags
der SPD Baden-Württemberg
am 7. Mai 2022 in Stuttgart**

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Ini - Initiativ-Anträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Ini 01	Solidarität mit der Ukraine. Nein zu Putins Krieg. Frieden Jetzt. Landesvorstand <i>angenommen in der Fassung der Antragskommission</i>	3

Ki&Ju - Kinder und Jugendliche

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Ki&Ju 01	Kinder wahrnehmen. Kinder schützen. Kinder stärken. Kinder beteiligen. – Unsere jugend- und kinderpolitischen Forderungen nach über zwei Coronajahren. Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	11
Ki&Ju 03	Schulsanierung – mehr als eine reine Baumaßnahme! Landesvorstand <i>angenommen in Fassung der Antragskommission</i>	21
Ki&Ju 04	Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Landesverfassung von Baden-Württemberg verankern KV Waldshut <i>angenommen in der Fassung der Antragskommission</i>	24

Antrag Ini 01: Solidarität mit der Ukraine. Nein zu Putins Krieg. Frieden Jetzt.

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in der Fassung der Antragskommission
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativ-Anträge

1 **Solidarität mit der Ukraine. Nein zu Putins Krieg. Frieden Jetzt.**

2 Die SPD Baden-Württemberg verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands
3 gegen die Ukraine auf das Schärfste. Wir sind erschüttert über Putins offenen Krieg
4 und den eklatanten Bruch des internationalen und humanitären Völkerrechts. Der
5 brutale Krieg verursacht enormes Leid. Die gezielte Bombardierung von Wohngebieten,
6 Schulen und Krankenhäusern durch die russische Armee hat bereits Tausende von
7 Menschenleben gefordert. Mit aller Deutlichkeit machen wir klar: Wir stehen fest
8 entschlossen an der Seite der Ukrainer:innen, die auf beeindruckende Weise Widerstand
9 gegen die militärische Aggression leisten.

10 Die Gräueltaten der russischen Armee in zahlreichen Orten der Ukraine sind
11 schockierend. Die Angriffe auf und die Ermordung von Zivilist:innen sind
12 Kriegsverbrechen. Sie müssen aufgearbeitet und geahndet werden. Die Verantwortlichen
13 gehören vor den Internationalen Strafgerichtshof. Präsident Putin und sein Regime
14 müssen für diesen ungerechtfertigten und grundlosen Krieg zur Verantwortung gezogen
15 werden.

16 Wir fordern Präsident Putin auf, seinen Krieg gegen die Ukraine unverzüglich
17 einzustellen und seine Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen. Wir rufen Russland
18 nachdrücklich auf, sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu den Opfern seines
19 Angriffs in der Ukraine zu gewährleisten und den Zivilist:innen, die ihr Zuhause
20 verlassen müssen, sichere Fluchtwege zu gewährleisten.

21 Der russische Angriffskrieg richtet sich nicht nur gegen die Ukraine. Der Krieg
22 zerstört die über Jahrzehnte entwickelte europäische Friedensordnung, sondern ruft
23 auch Existenzängste bei anderen nord- und osteuropäischen Staaten hervor. Er ist ein
24 Angriff auf unsere Grundwerte, unsere Freiheit, unsere Demokratie und
25 Rechtsstaatlichkeit. Die Welt ist eine andere geworden. Für uns als SPD bedeutet das,
26 die Situation neu zu bewerten und unsere Politik strategisch neu auszurichten. Dabei
27 müssen wir auch unsere Politik gegenüber Russland der letzten 20 Jahre kritisch
28 betrachten. Die SPD Baden-Württemberg steht hinter Bundeskanzler Olaf Scholz und der
29 Bundesregierung bei ihrem entschlossenen, umsichtigen und überlegten Handeln zur
30 Unterstützung der Ukraine. Wir sind dankbar, dass wir einen Bundeskanzler Olaf Scholz
31 haben, der unser Land besonnen durch diese Krise steuert, und eine Bundesregierung,
32 die einen klaren Kompass hat.

33 Bei vielen Bürger:innen führt der Krieg in der Ukraine zu Sorgen und Unsicherheiten.

34 Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst. Unsere Aufgabe ist es, die Bürger:innen im Land
35 umfassend über die aktuelle Lage zu informieren und jeden Tag unsere Entscheidungen
36 zu erklären. Wir haben einen klaren Standpunkt und scheuen daher auch keine
37 kontroversen Debatten. Die Landesregierung ist in der Pflicht, die Auswirkungen des
38 Ukraine-Krieges auf die Bevölkerung in Baden-Württemberg abzufedern.

39 **I. Frieden und Freiheit verteidigen**

40 Deutschland steht in besonderer Verantwortung, alles dafür zu tun, dass aggressiver
41 Nationalismus und Imperialismus im 21. Jahrhundert in Europa und der Welt keinen
42 Platz mehr haben. In Anerkennung dieser Verantwortung und unserer eigenen Geschichte
43 unterstützen wir das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine uneingeschränkt. Dabei ist
44 essenziell, dass unsere Unterstützung schnell wirkt, unsere Landes- und
45 Bündnisverteidigung nicht gefährdet wird und unser Handeln international abgestimmt
46 ist. Deutschland sollte keinen Alleingang machen. Gleichzeitig ist richtig, dass die
47 NATO selbst und unsere Bündnispartner selbst nicht direkt als Kriegspartei in den
48 Krieg eingreifen.

49 Im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen liefert Deutschland Waffen zur
50 Selbstverteidigung in die Ukraine und billigt die Lieferung aus Drittstaaten. Diese
51 Waffenlieferungen erfolgen wie die Sanktionen in enger Abstimmung mit unseren
52 europäischen und transatlantischen Partnern.

53 Wir fordern die Bundesregierung auf, Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine
54 fortzusetzen und wo möglich zu beschleunigen und dabei auch die Lieferung auf schwere
55 Waffen und komplexe Systeme etwa im Rahmen des Ringtausches erweitert werden, ohne
56 die Fähigkeiten Deutschlands zur Bündnisverteidigung zu gefährden.

57 Als SPD Baden-Württemberg unterstützen den Grundsatz „Liefere, was möglich ist“ aus
58 den Beständen der Bundeswehr. Der Zustand unserer Bundeswehr begrenzt diese
59 Möglichkeiten jedoch stark. Auch vor diesem Hintergrund befürworten wir das
60 angekündigte „Sondervermögen Bundeswehr“ zur Stärkung der Fähigkeiten zur Landes- und
61 Bündnisverteidigung und die damit verbundenen Investitionen. So erfüllen wir auch
62 unsere internationalen Verpflichtungen.

63 Wir begrüßen umfassende Finanzhilfen für direkte Waffenkäufe der Ukraine, welche die
64 Bundesregierung ermöglicht. Für direkte Bestellungen von hiesigen Rüstungsfirmen hat
65 Bundeskanzler Olaf Scholz zwei Milliarden Euro als Rüstungshilfe für Partnerländer
66 zur Verfügung gestellt, zum großen Teil zugunsten der Ukraine. Darüber hinaus
67 befürworten wir die finanzielle Unterstützung für die Bereitstellung von Ausrüstung
68 für die ukrainische Armee und von Hilfsgütern durch die EU in Höhe von 1,5 Milliarden
69 Euro aus der Europäischen Friedensfazilität.

70 Auch über den Bereich der Verteidigung hinaus müssen wir unsere internationale
71 Verantwortung verstärkt wahrnehmen. Wir benötigen zusätzliche Mittel im Bereich der
72 Entwicklungszusammenarbeit, des zivilen Friedensdienstes, der humanitären Hilfe und
73 für den internationalen Klimaschutz. Die humanitäre Hilfe auf zwei Milliarden Euro
74 aufzustocken und damit gegenüber der ursprünglichen Planung annähernd zu verdoppeln,
75 ist ein wichtiger Schritt.

76 Unser Ziel bleibt die Herstellung einer europäischen Friedens- und
77 Sicherheitsordnung, die für alle Staaten gleichermaßen Gültigkeit hat und die
78 Unverletzbarkeit ihrer Grenzen garantiert. Wir werden uns Gesprächen mit Russland
79 nicht verweigern. Auch in dieser extremen Lage ist es die Aufgabe der Diplomatie,
80 Gesprächskanäle offenzuhalten. Wir stehen ein für den Frieden in Europa. Wir werden
81 uns niemals abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir werden uns immer
82 starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten. Und wir werden nicht ruhen, bis
83 der Frieden in Europa gesichert ist. Dabei stehen wir nicht allein, sondern zusammen
84 mit unseren Freunden und Partnern in Europa und weltweit. Einen Diktatfrieden aber
85 darf es nicht geben. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und ein Ende des
86 Krieges führt die Ukraine. Und allein bei der Ukraine liegt letztlich auch die
87 Entscheidung über die Bedingungen eines Friedens. Die SPD begrüßt die Einigkeit und
88 die Anstrengungen der Europäischen Union bei der Reaktion auf den völkerrechtlichen
89 Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Putin hat damit gerechnet, dass die EU
90 schwach ist und sich nie auf Sanktionen und ein gemeinsames Handeln einigen kann. Er
91 hat sich getäuscht.

92 Als SPD stehen wir für einen umfassenden Sicherheitsbegriff: Sicherheit für Europa,
93 Sicherheit für Deutschland und Sicherheit für jeden Einzelnen. Deshalb unterstützen
94 wir die Ukraine, verhindern eine Ausweitung des Krieges, aber federn auch die
95 wirtschaftlichen und sozialen Härten ab, die Putins Krieg uns aufzwingt.

96 **II. Unabhängigkeit von russischen Energieimporten sicherstellen,** 97 **Energiewende beschleunigen**

98 Der rasche Ausbau erneuerbarer Energien ist gerade vor dem Hintergrund des russischen
99 Angriffskriegs gegen die Ukraine zu einer doppelten Existenzfrage geworden: in Bezug
100 auf die Ökologie und auch auf unsere Souveränität. Die Abhängigkeit vieler
101 europäischer Staaten, darunter auch Deutschland, von russischen Energieimporten ist
102 hoch. Die SPD Baden-Württemberg begrüßt die von der Bundesregierung eingeleitete und
103 mit unseren europäischen Partnern abgestimmte Strategie, die darauf zielt, unsere
104 Abhängigkeit von russischem Gas, Kohle und Öl schnellstmöglich wirksam zu reduzieren
105 – mit dem mittelfristigen Ziel der vollständigen Unabhängigkeit. Bei Kohle und Öl
106 wird das noch in diesem Jahr der Fall sein. Bei Gas spätestens in zwei Jahren – die
107 Bundesregierung bemüht sich hier um eine schnellstmögliche Unabhängigkeit. Dabei
108 wollen wir zu jeder Zeit die Energieversorgung für Wirtschaft und Bevölkerung
109 sicherstellen und zu bezahlbaren Energiepreisen beitragen.

110 Wir haben in der EU einen vergemeinschafteten Energiebinnenmarkt. Wir fordern deshalb
111 von der EU eine gemeinsame, von der EU koordinierte Anstrengung, um den
112 gesamteuropäischen Energiebedarf zu decken, der entsteht, wenn die Importe russischen
113 Erdöls und Erdgas geringer werden und schnellstmöglich eingestellt werden. Dazu
114 gehört der Ausbau der innereuropäischen Gasnetze, um eine Umverteilung von Gas in der
115 gesamten EU zu ermöglichen, und die Deckelung von Strompreisen. Außerdem müssen die
116 EU-Beihilfevorschriften so angewandt werden, dass sie den Mitgliedsstaaten erlauben,
117 Unternehmen und Landwirte von hohen Energiepreisen finanziell zu entlasten. Die
118 Kommission soll den Einkauf zur Auffüllung der Gasspeicher koordinieren. Wir fordern
119 die EU zudem auf, den Stabilitäts- und Wachstumspakt ein weiteres Jahr lang nicht

120 anzuwenden. Dadurch sollen den Mitgliedstaaten die fiskalischen Spielräume eröffnet
121 werden, die Energiekosten für Bürger:innen und Unternehmen so gering wie möglich zu
122 halten. In diesem Zusammenhang soll zudem erwogen werden, den bestehenden
123 Pandemiefonds Next Generation EU umzuwidmen.

124 Gerade in Baden-Württemberg mit seinem hohen Anteil an Öl- und Stromheizungen und den
125 deutlichen Defiziten beim Ausbau der Erneuerbaren Energien ist es sehr wichtig, nun
126 endlich beherzt die Windkraft, die Photovoltaik und die Geothermie auszubauen und der
127 energetischen Gebäudesanierung einen kräftigen Schub zu verleihen. Die Entlastung bei
128 Energiekosten muss unter anderem durch ein Energiegeld abgefedert werden. Den Worten
129 zum beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien muss die Landesregierung zwingend
130 Taten folgen lassen. Gerade in Baden-Württemberg mit seinem hohen Anteil an Öl- und
131 Stromheizungen merken die Bürgerinnen und Bürger die Folgen gestiegener Energiepreise
132 unmittelbar. Die Landesregierung ist im Angesicht teils existenzgefährdender
133 Kostensteigerungen der Energiekosten in der Pflicht, Koalitionsstreitigkeiten endlich
134 zu beenden und den Worten zum Ausbau Erneuerbarer Energien bei Windkraft,
135 Photovoltaik, Geothermie und der energetischen Gebäudesanierung Taten folgen zu
136 lassen.

137 **III. Herausforderungen im Land mit aller Kraft angehen**

138 Der Krieg in der Ukraine bringt auch für Baden-Württemberg große Aufgaben mit sich.
139 Diese wollen wir als SPD im Land mit aller Kraft angehen. Der Krieg bedeutet für
140 uns, dass wir den zu uns ins Land Geflüchteten helfen. Den Flüchtenden aus der
141 Ukraine muss humanitäre, medizinische und finanzielle Unterstützung geleistet werden.
142 Die Hilfsbereitschaft, die wir überall in unserem Land sehen, ist überwältigend und
143 erfüllt uns mit Stolz. Für uns ist auch klar, dass alle Hilfe, die den ukrainischen
144 Geflüchteten zugutekommt, auch anderen Geflüchteten in Deutschland zusteht. Ein Zwei-
145 Klassen-System unter Geflüchteten darf es nicht geben.

146 Wir wissen aber auch darum, dass sich dieser Krieg auf die Beziehungen zwischen den
147 Menschen in unserem Land auswirkt. Wir stehen entschlossen gegen jegliche Form der
148 pauschalen Ausgrenzung auch gegenüber der russischstämmigen Bevölkerung in Baden-
149 Württemberg. Jede:r ist gefordert, zu verhindern, dass das gesellschaftliche Gift
150 Putins in unserem Zusammenleben Einzug hält. Deshalb beziehen wir aber auch klar
151 Stellung gegen Demonstrationen, die sich mit dem russischen Angriffskrieg
152 solidarisieren. Hier müssen die Mittel des Rechtsstaats ausgeschöpft werden, um der
153 Verherrlichung von Krieg und Kriegsverbrechen Einhalt zu gebieten.

154 **1. Gerechte Verteilung von Kriegsgeflüchteten steuern**

155 Die Verteilung der Geflüchteten soll sowohl innerhalb der EU als auch in Deutschland
156 gerecht erfolgen, um eine Überlastung einzelner Länder, Bundesländer oder Kommunen zu
157 vermeiden. Wir begrüßen es, dass im Mai eine neue „Fachanwendung zur Registerführung,
158 Erfassung und Erstverteilung zum vorübergehenden Schutz - FREE“ eingeführt wurde, die
159 Prozesse der Verteilung optimieren soll. FREE ermöglicht bereits vor der
160 Registrierung im Ausländerzentralregister eine individualisierte und nachvollziehbare
161 Verteilung auf die Länder und Kommunen. Die Verteilentscheidungen sollen später
162 nachvollzogen und Doppelanmeldungen und -verteilungen verhindert werden. Dies soll

163 auch zur Vermeidung von Menschenhandel und Zwangsprostitution beitragen.

164 Die SPD Baden-Württemberg begrüßt ausdrücklich die erstmalige Aktivierung des
165 Notfallmechanismus für vorübergehenden Schutz von Geflüchteten durch die EU. Wir
166 fordern die EU auf, die Kommunen in den Grenzregionen zur Ukraine gezielt und
167 koordiniert zu unterstützen, indem sie auf eine gerechte Verteilung von Geflüchteten
168 innerhalb der gesamten EU hinwirkt. Dabei können Aufnahmequoten ein Instrument sein.

169 **2. Zügige Registrierung sicherstellen**

170 Die meisten Menschen aus der Ukraine reisen mit biometrischen Pässen visafrei in die
171 EU ein und genießen 90 Tage Freizügigkeit im Schengenraum. Niemand kann gezwungen
172 werden, sich sogleich registrieren zu lassen. Seitens der polnischen Behörden werden
173 jedoch alle Menschen, die über die Schengen-Außengrenze in die EU einreisen,
174 kontrolliert. Darüber hinaus ist unsere Bundespolizei in Zügen und Bussen nach
175 Deutschland präsent und kontrolliert dort ebenfalls intensiv. Alle Menschen ohne
176 ukrainische Pässe sowie Drittstaatsangehörige werden erfasst und registriert.

177 Eine Registrierung der Geflüchteten, die in Deutschland bleiben wollen, findet am
178 Zielort statt, wenn diese ein Schutzbegehren (u.a. Unterkunft, medizinische
179 Versorgung) äußern oder einen Aufenthaltstitel oder staatliche Leistungen beantragen.
180 Der Bund hat in Abstimmung mit den Ländern Maßnahmen zu Erleichterungen im
181 Registrierungsprozess ergriffen. Nun gilt es, den Ausbau der
182 Registrierungskapazitäten in den Ländern rasch voranzutreiben und technische Probleme
183 abzustellen. Zusätzlich soll die Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der
184 Registrierung vor Ort unterstützen und mithilfe ihrer weniger fehleranfälligen
185 technischen Möglichkeiten unbürokratisch und schnell dabei helfen, die Geflüchteten
186 vollständig zu registrieren.

187 **3. Mehr Wohnraum schaffen**

188 Die Situation auf den Wohnungsmärkten in weiten Teilen des Landes hat sich in den
189 vergangenen Jahren verschärft. Die Landesregierung war nicht dazu bereit,
190 entschlossen für bezahlbaren Wohnraum einzutreten und die entsprechenden Maßnahmen zu

191 ergreifen. Vor diesem Hintergrund bereitet es Schwierigkeiten, für die nach Baden-
192 Württemberg Geflüchteten Wohnungen zur Verfügung zu stellen – auch wenn zunächst
193 viele Menschen im Land rasch Wohnraum zur Verfügung gestellt haben. Es wird jedoch
194 viel mehr und angemessener Wohnraum benötigt. Deshalb ist das Land gefordert, alle
195 hierfür erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Hierzu zählen beispielsweise die
196 Schaffung von modularem Wohnraum auf Landesflächen, Erleichterungen bei der Planung
197 und Genehmigung von Wohnungen und die Unterstützung von Kommunen bei der Schaffung
198 von Unterkünften für Geflüchtete. Die aktuelle Situation sollte Anlass genug sein,
199 endlich auch von Landesseite die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich
200 aufzustocken und das Zweckentfremdungsverbot zu verschärfen. Spätestens jetzt muss
201 klar sein, dass jede verfügbare Wohnung im Land genutzt werden muss – auch die
202 Wohnungen, die schon länger leer stehen.

203 **4. Zugang zu Kitas, Schulen und Hochschulen unbürokratisch ermöglichen**

204 40 Prozent der Geflüchteten aus der Ukraine in Baden-Württemberg sind Minderjährige.
205 Sie brauchen unsere besondere Unterstützung. Oberstes Ziel muss sein, Kindern und
206 Jugendlichen kurzfristig und unbürokratisch den Zugang zu Kitas und Schulen zu
207 ermöglichen. Es ist wichtig, dass bereits eingerichtete sowie noch neu zu schaffende
208 Strukturen belastbar, dauerhaft und nachhaltig sind.

209 Wir setzen uns dafür ein, dass schnell Spiel- und Betreuungsmöglichkeiten für
210 geflüchtete Kleinkinder ermöglicht werden. In einem ersten Schritt müssen
211 niedrigschwellige und flexible Angebote für Kleinkinder und Räume zum Spielen
212 geschaffen werden – am besten in Kooperation mit den örtlichen Sport-, Musik- und
213 Kunstvereinen oder der Jugendhilfe. Für ukrainische Mütter kann in der aktuellen
214 Situation auch ein zeitlich begrenztes Betreuungsangebot hilfreich sein. Sobald die
215 Familien entschieden haben, mittelfristig an einem Ort zu bleiben, sollen Kleinkinder
216 die Möglichkeit für einen Kita-Besuch erhalten. Da die Wartelisten vielerorts sehr
217 lang sind, ist ein abgestimmtes und nachvollziehbares Vorgehen wichtig. Das
218 Kultusministerium sollte in Kooperation mit Städten und Gemeinden die Frage klären,
219 wie sie bei der Vergabe der begehrten Plätze vorgehen können. Um Neiddebatten zu
220 vermeiden, sind an diesem Punkt klare Richtlinien und maximale Transparenz den Eltern
221 gegenüber wichtig. Wir machen uns dafür stark, ein Kita-Platz-Sharing einzuführen.
222 Insbesondere in Städten und Gemeinden mit zu wenigen Betreuungsplätzen und langen
223 Wartelisten kann das Kita-Platz-Sharing eine gute Übergangslösung darstellen. Dabei
224 teilen sich zwei neue Kinder zunächst einen Platz und besuchen die Kita vorerst nur
225 zwei bzw. drei Tage pro Woche. Sobald es freie Kapazitäten gibt, können die Kinder
226 auf fünf Tage und damit einen regulären Betreuungsplatz aufstocken. Damit wird
227 ermöglicht, dass Eltern zumindest in Teilzeit wieder in den Beruf einsteigen und
228 geflüchtete Mütter Deutsch-Kurse oder eine Beschäftigung aufnehmen können.

229 Noch bestehende bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut werden, sodass den
230 ukrainischen Lehrkräften sowie den ukrainischen Schüler:innen ein schneller und
231 unkomplizierter Zugang zu den Schulen gewährleistet werden kann. Das
232 Kultusministerium trägt die Verantwortung für einheitliche und klare Vorgaben. Offene
233 Fragen dürfen nicht auf die Kommunen und Schulen abgewälzt werden. Zur Unterstützung
234 des baden-württembergischen Schulsystems bei der Schaffung von Strukturen für
235 ukrainische Geflüchtete im Kita- und Schulalter braucht es zusätzliche Lehrkräfte und
236 Unterstützer:innen. Insbesondere im Rahmen des Erwerbs der deutschen Sprache in den
237 Vorbereitungsklassen ist der Einsatz von weiterem Personal notwendig. Das Land muss
238 sich um zusätzliche Dolmetscher:innen bemühen, die sowohl die Eltern und
239 Schüler:innen als auch die Lehrkräfte aus der Ukraine bei der Anmeldung an den
240 Schulen unterstützen. Dazu muss das Land die notwendigen finanziellen Mittel
241 bereitstellen. Dies kann auch im Rahmen kommunaler Dolmetscher:innen-Pools erfolgen.

242 Grundsätzliches Ziel muss es sein, die ukrainischen Schüler:innen in die Regelklassen
243 zu integrieren, um einen geregelten Alltag und die Aufnahme in das deutsche
244 Bildungssystem zeitnah zu ermöglichen. Ukrainische Kinder benötigen mit Blick auf
245 ihre Herkunftsgesellschaft und eine Rückkehr in die Ukraine aber auch
246 herkunftssprachlichen Unterricht und zumindest in Teilen einen Unterricht nach
247 ukrainischen Lehrplänen. Für den Unterricht ukrainischer Schüler:innen ist

248 gegebenenfalls die Anmietung weiterer Räumlichkeiten notwendig. Insbesondere für die
249 Teilnahme am digitalen ukrainischen Unterricht ist der Zugang zu W-LAN und die
250 Bereitstellung digitaler Leihgeräte zu organisieren. Hierfür müssen die Kommunen
251 finanzielle Unterstützung vom Land erhalten.

252 Zur Unterstützung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen bei der Verarbeitung der
253 Ereignisse und Erfahrungen braucht es auch im Bildungssystem dringend den Einsatz von
254 Psycholog:innen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass der Krieg in der Ukraine
255 Auswirkungen auf alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland hat. Diese brauchen
256 ebenfalls psychologische Betreuung, um mit ihren Erlebnissen und Empfindungen
257 umzugehen. Insbesondere die Situation geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus
258 anderen Ländern dürfen dabei nicht aus unserem Blick geraten. Der Ausbau der
259 Schulpsychologie muss daher von der Landesregierung so rasch wie möglich angegangen
260 werden.

261 Die Hochschulen müssen bei der Integration von Studierenden aus der Ukraine
262 unterstützt werden. Die Studierendenwerke unterstützen Studierende psychologisch und
263 vermitteln ihnen Wohnraum. Sie müssen gestärkt werden. Außerdem braucht es Brücken-
264 und Sprachkurse sowie Betreuung der Kinder von diesen Studierenden.

265 **5. Integration durch Sprache und Arbeit**

266 Da Sprachkenntnisse den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Integration erleichtern, muss
267 den ukrainischen Geflüchteten ein zügiger und unbürokratischer Zugang zur
268 Sprachförderung ermöglicht werden. Deshalb sind für Schutzsuchende aus der Ukraine
269 Integrations- und Berufssprachkurse, Erstorientierungskurse für Asylbewerber:innen,
270 das Programm „Migrantinnen einfach stark im Alltag“ und die Migrationsberatung für
271 Erwachsene des Bundes geöffnet.

272 Bezogen auf den Arbeitsmarkt ist davon auszugehen, dass viele Menschen aus der
273 Ukraine mittel- oder langfristig in Baden-Württemberg bleiben werden. Über die
274 Fiktionsbescheinigung erhalten alle aus der Ukraine Geflüchteten eine
275 Arbeitserlaubnis ab dem Zeitpunkt ihrer Registrierung. Herausforderungen bleiben aber
276 u.a. die Anerkennung von Berufsabschlüssen und Weiterbildungen, der Ausbau von
277 Sprachkursen und eine verlässliche Kinderbetreuung. Insbesondere bei der
278 verlässlichen Kinderbetreuung als Voraussetzung dafür, dass Eltern Sprachkurse
279 belegen und eine Tätigkeit aufnehmen können, besteht von Landesseite akuter
280 Handlungsbedarf. Ferner muss der Fokus verstärkt auf den Ausbildungsmarkt gerichtet
281 werden. Die Ausbildung von Geflüchteten muss von Landesseite beispielsweise über
282 spezielle Sprachkurse unterstützt werden. Dies nutzt nicht nur den geflüchteten
283 Menschen, um in Baden-Württemberg beruflich Fuß fassen zu können, sondern auch den
284 Betrieben im Land, die darüber klagen, dass verstärkt Ausbildungsplätze nicht besetzt
285 werden können.

286 **6. Wirtschaftsstandort stärken, Arbeitsplätze sichern**

287 Nach der wirtschaftlichen Beeinträchtigung durch die Corona-Pandemie ist der Ukraine-
288 Krieg eine weitere immense Belastung für die baden-württembergische Wirtschaft.
289 Geschlossene Produktionsstätten in Russland, unterbrochene Lieferketten und massiv
290 gestiegene Energiepreise sind für viele Firmen problematisch. Umso wichtiger, dass

291 das Land industrie- und strukturpolitisch aktiv wird und Maßnahmen ergreift, um den
292 Wirtschaftsstandort zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Die SPD-Landtagsfraktion
293 hat hierzu im April 2022 ein Fünf-Punkte-Papier vorgelegt.

294 **7. Desinformation und Propaganda konsequent bekämpfen**

295 Der Krieg in der Ukraine ist auch ein Informationskrieg. Seit der durch die
296 westlichen Sanktionen bewirkten Einschränkung der Reichweite Russlands staatsnaher
297 Medien werden pro-russische Desinformation und Propaganda verstärkt über Accounts in
298 sozialen Medien verbreitet. Ziel dieser Form der Einflussnahme im Informationsraum
299 ist es, aktuelle Konfliktthemen in opportunistischer Weise auszunutzen, um
300 vorsätzlich falsche bzw. irreführende Informationen zu verbreiten. Damit sollen
301 gesellschaftliche Spaltungen vertieft, das Vertrauen in demokratische und
302 rechtstaatliche Institutionen oder die Unabhängigkeit der Medien untergraben und
303 politische Entscheidungsprozesse gestört werden. Die Landesregierung muss deshalb
304 Desinformation und Propaganda endlich in ihre Digitalisierungsstrategie aufnehmen.
305 Hierbei geht es um die Innere Sicherheit und insbesondere um den gesellschaftlichen
306 Zusammenhalt.

307 **8. Cybersicherheit stärken**

308 Auch Cyberangriffe gehören zur hybriden Kriegsführung. Es besteht aktuell auch in
309 Baden-Württemberg eine erhöhte Gefährdungslage durch Cyberangriffe. Die zuständigen
310 Behörden müssen betroffene Stellen, insbesondere die Betreiber kritischer
311 Infrastrukturen, für die erhöhte Gefährdungslage sensibilisieren. Konsequenz aus dem
312 Angriffskrieg Russlands muss sein, die Cybersicherheit von Behörden, kritischer
313 Infrastrukturen und der Wirtschaft zu erhöhen. Der vorhandene Flickenteppich muss
314 durch eine schlagkräftige Cyberabwehr ersetzt werden.

315 **9. Zivilschutz ausbauen**

316 Der russische Angriffskrieg, die Flutkatastrophe im vergangenen Jahr und die Corona-
317 Pandemie haben deutlich gemacht, dass es Defizite im Zivil- und Katastrophenschutz
318 gibt. Bund und Länder müssen den Zivilschutz, die zivile Verteidigung sowie den
319 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz schnellstmöglich stärken und den Rückbau von
320 Schutzräumen stoppen. In einem ersten Schritt fordern wir kurzfristig eine
321 Aktualisierung des Katastrophenschutzplans des Landes. Bisher wird die veränderte
322 Sicherheitslage nicht berücksichtigt.

Antrag Ki&Ju 01: Kinder wahrnehmen. Kinder schützen. Kinder stärken. Kinder beteiligen. – Unsere jugend- und kinderpolitischen Forderungen nach über zwei Coronajahren.

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ki&Ju - Kinder und Jugendliche

- 1 **Kinder wahrnehmen. Kinder schützen. Kinder stärken. Kinder beteiligen. – Unsere**
2 **jugend- und kinderpolitischen Forderungen nach über zwei Coronajahren.**
- 3 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich ein für eine Politik, die Kinder und Jugendliche
4 ins Zentrum rückt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche mit
5 ihren Bedürfnissen und Träumen wahrgenommen werden, geschützt werden, frei von Armut
6 aufwachsen, konsequent bei Entscheidungen beteiligt werden und Integration und
7 Teilhabe erfahren.
- 8 Über zwei Jahre und damit eine sehr lange Zeitspanne im Leben von Kindern und
9 Jugendlichen waren diese massiv von Pandemie-Maßnahmen betroffen. Das Recht auf
10 Bildung, das Recht auf Entwicklung, das Recht auf sozialen Austausch und viele
11 weitere Kinderrechte wurden stark eingeschränkt. Familien standen vor ungekannten
12 Herausforderungen und Problemen.
- 13 Es gilt nun die kurz-, mittel- und langfristigen gesellschaftlichen Konsequenzen der
14 Pandemie anzuerkennen und abzufedern. Wir werden nicht zulassen, dass sich
15 Ungleichheiten weiter verstärken und sich - gerade junge - Menschen ohne Gehör,
16 Perspektive und Anschluss fühlen. Wir begrüßen das Aktionsprogramm „Aufholen nach
17 Corona für Kinder und Jugendliche, das von der Bundesregierung in Höhe von zwei
18 Milliarden Euro beschlossen wurde, als wichtige Maßnahme. Um den pandemiebedingten
19 Auswirkungen entgegenzuwirken, ist das aber nicht ausreichend. Es bedarf langfristig
20 weiterer Maßnahmen und Angebote.
- 21 In der frühkindlichen Bildung hat sich der Platzmangel verschärft und die
22 Bildungsgerechtigkeit in eine Schieflage gebracht. Auch hier bedarf es dringender
23 Maßnahmen.
- 24 Gleichzeitig stellen uns neue Krisen vor neue Herausforderungen: Es herrscht Krieg in
25 Europa, von dem aktuell Millionen Kinder und Jugendliche betroffen sind. Sie
26 benötigen internationale Unterstützung, für die wir uns einsetzen. Für die Kinder und
27 Jugendlichen, die allein oder mit Angehörigen nach Deutschland kommen, gilt: Wir
28 werden alle Anstrengungen unternehmen, ihnen das Ankommen zu erleichtern und die
29 unerträgliche Situation so gut wie möglich zu überstehen.
- 30 Wir setzen uns ein für eine Politik, die Kinder und Jugendliche ins Zentrum rückt und
31 Teilhabe ermöglicht. Deshalb fordern wir grundsätzlich:

- 32 • dass Kinder und Jugendliche politisch wahrgenommen werden als Menschen mit ganz
33 spezifischen, notwendigen Entwicklungsbedürfnissen – nicht primär als
34 Schüler:innen, Studierende oder Azubis;
- 35 • bei Bundes- und Landesgesetzgebung ein Beschleunigungsgebot für Kinder-, Jugend-
36 oder Familienpolitik: Eine Gesetzgebung, die die Folgen der Corona-Pandemie für
37 junge Menschen abfedern will, muss im parlamentarischen Verfahren bevorzugt
38 behandelt werden;
- 39 • dass die Gesetzgebung in Bund und Land darauf überprüft werden soll, wie sie
40 sich auf junge Menschen auswirkt;
- 41 • geflüchteten Kindern und Jugendlichen unverzüglich Zugang zu Bildung,
42 Spracherwerb und Freizeitangeboten zu ermöglichen und niedrigschwellige Angebote
43 zur Verfügung zu stellen.

44 Daraus folgt für uns konkret:

45 **Raus aus der Pandemie: Impfangebot für Kinder und Jugendliche**

46 Noch immer sind in Baden-Württemberg zu wenige Kinder und Jugendliche gegen das
47 Corona-Virus geimpft. Das muss sich ändern. Denn die Impfstoffe gegen Covid-19 sind
48 wirksam.

49 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 50 • mehr niedrigschwellige Impfangebote an Schulen in Baden-Württemberg zu schaffen.
51 Die vorweihnachtliche Idee der Landesregierung einer Impf-Rallye an Grund- und
52 weiterführenden Schulen haben wir begrüßt; dass dann statt einer
53 flächendeckenden Impfkation nur Modellprojekte stattgefunden haben, kritisieren
54 wir.
- 55 • es Jugendlichen ab 14 Jahren zu ermöglichen, sich auch ohne Zustimmung ihrer
56 Eltern impfen zu lassen. Wir wollen, dass auch Kinder von Impfgegner:innen die
57 Chance bekommen, sich vor dem Virus zu schützen.

58 **Unsere oberste Priorität: Kinderschutz**

59 Der Schutz von Kindern vor Verwahrlosung, Missbrauch und emotionaler, sexualisierter
60 sowie körperlicher Gewalt ist eine der wichtigsten Aufgaben staatlicher und
61 zivilgesellschaftlicher Institutionen. Wir kämpfen für das Recht eines jeden Kindes,
62 ohne Gewalt aufzuwachsen, wie es in der UN-Kinderrechtskonvention verankert ist, und
63 für die Erfüllung des in den UN-Nachhaltigkeitszielen verankerten Ziels, Missbrauch
64 und Ausbeutung von Kindern, Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen
65 Kinder zu beenden. Dabei war die Corona-Pandemie eine besondere Herausforderung: In
66 Pandemiezeiten waren viele Familien mit Kindern auf sich allein gestellt.
67 Alltagsstrukturen brachen weg, die Schließung von Kita und Schule führten zu
68 Isolation. Externe Unterstützung konnte nicht oder nur bedingt in Anspruch genommen
69 werden. Überforderungen, Existenzängste oder Suchtprobleme belasten Familien und
70 können im schlimmsten Fall zu häuslicher Gewalt führen.

71 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 72 • Schutzkonzepte in Kitas, Schulen und Jugendhilfe-Einrichtungen, die in Bund-

73 Länder-Kooperationen entwickelt und in Baden-Württemberg konsequent umgesetzt
74 werden. Institutionen, die mit der Entwicklung von Schutzkonzepten überfordert
75 sind, wollen wir unterstützen.

- 76 • Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf frühkindliche Förderung, Bildung und
77 Betreuung für alle Kinder.
- 78 • ein Auditierungssystem für Vereine, Kirchen und andere Träger der offenen
79 Jugendhilfe nach SGB VIII, um diese bei der Erstellung von Kinderschutzkonzepten
80 zu unterstützen und diese regelmäßig zu evaluieren.
- 81 • eine kindersensible Justiz. Wir begrüßen es sehr, dass die Bundesregierung
82 plant, in familiengerichtlichen Verfahren den Kinderschutz zu stärken.
- 83 • Peergewalt – also sexuelle Übergriffe und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen
84 auch im digitalen Raum – entgegenzuwirken. Dafür wollen wir peer-gestützte
85 Medienbildung ausbauen und Entwicklungsräume und Bildungsangebote schaffen, die
86 gezielt die Medienkompetenz von Schüler:innen und Eltern fördern.
- 87 • das Angebot an psychotherapeutischer Betreuung und Behandlung muss deutlich
88 ausgeweitet werden. Die Kassenärztliche Vereinigung in Hessen hat auf den Bedarf
89 reagiert und Kinder- und Jugendlichen Psychotherapeut:innen ohne Kassenzulassung
90 für zwei Jahre eine Notfallzulassung ausgestellt, damit mehr Kinder behandelt
91 werden können. Baden-Württemberg muss hier nachziehen. Dieses Modell sollte
92 idealerweise bundesweit übernommen werden. Die vom Bund initiierte Reform der
93 Psychotherapeut:innenenausbildung werden wir gerade im Hinblick auf zukünftige
94 Therapieplätze und Behandlungskapazitäten für Kinder und Jugendliche kritisch
95 und konstruktiv begleiten.
- 96 • verbindliche Kooperationsformate auf Landkreisebene, um für die Kinder- und
97 Jugendhilfe wichtige Stakeholder an einen Tisch zu bringen.
- 98 • die Jugendhilfeplanung entsprechend konsequent fortzuschreiben.
- 99 • Qualifizierungsprogramme für Personen, die ehrenamtlich mit Kindern und
100 Jugendlichen arbeiten.
- 101 • dass die Legalisierung von Cannabis kinder- und jugendschutzkonform erfolgt.

102 **In der Bildung: Unterstützung statt Leistungsdruck**

103 Zweifelsohne: Corona hat bei vielen Kindern und Jugendlichen zu einem Bildungsdefizit
104 geführt. Gleichzeitig hat die Pandemie die Bildungsungerechtigkeiten nur weiter
105 verschärft. Das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg geht davon aus, dass
106 fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen aufgrund der Pandemie Lernlücken
107 aufweisen. Projekte wie „Überbrücke die Lücke“, „Rückenwind“ oder Lernbrücken in den
108 Sommerferien sind keine adäquaten Lösungsansätze für diese Probleme. Stattdessen
109 braucht es einen stärkeren Fokus auf die sozial-emotionale Entwicklung unserer
110 Schüler:innen und Kinder. In der frühkindlichen Bildung besteht ein flächendeckender
111 struktureller Platzmangel, der die Bildungsgerechtigkeit gefährdet und zahlreiche
112 Kinder von Bildung, Förderung und Betreuung ausschließt. Wir stellen zudem fest, dass
113 es Unterstützung bei den „Übergängen“ von Schule zu Ausbildung oder Studium braucht,
114 weil der Mangel von Ausbildungsmessen und Berufs- und Studienberatung in den letzten

115 zwei Jahren Spuren hinterlassen hat.

116 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 117 • einen Paradigmenwechsel in der aktuellen Bildungspolitik: Nicht jede
118 ausgefallene Unterrichtsstunde muss automatisch nachgeholt werden. Dies setzt
119 Kinder und Jugendliche enorm unter Druck und lässt die sozial-emotionalen Folgen
120 der Pandemie völlig außen vor. Erleichterte Möglichkeiten Schuljahre zu
121 wiederholen mögen zwar auf den ersten Blick wie eine gute Lösung wirken,
122 verschieben ein strukturelles Problem jedoch auf eine individuelle Ebene.
123 Stattdessen müssen kurzfristig Wege gesucht werden, Bildungspläne zu
124 entschlacken.
- 125 • Wir wollen prüfen, ob Abschlussprüfungen an weiterführenden Schulen über einen
126 längeren Zeitraum angesetzt werden können, um den psychologischen Druck für
127 Jugendliche zu reduzieren und eine leistungsgerechte Beurteilung zu ermöglichen.
- 128 • bei Unterstützungsbedarf Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten,
129 sich fachlich begleiten zu lassen – sowohl individuell als auch in Klassen- und
130 Gruppenkonstellationen. Neben Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe können in
131 interdisziplinären Teams Schulsozialarbeiter:innen, Theater-, Sport- oder
132 Tanzpädagog:innen, Psycholog:innen usw. gemeinsam und mit ihrer jeweiligen
133 Expertise unterstützen (multiprofessionelle Teams), um Kinder und Jugendlichen
134 bedarfsgerechte Angebote zur Verfügung zu stellen.
- 135 • Die Einberufung eines landesweiten Kitagipfels, um die frühkindliche Bildung
136 ganzheitlich sicherzustellen und Maßnahmen zu erarbeiten, um Personal- und
137 Platzmangel zu bekämpfen.
- 138 • die Schaffung eines Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern
139 um den aktuellen Lernstand des Kindes zu evaluieren und geeignete
140 Handlungsoptionen für den weiteren Verlauf der Bildungsbiographie zu prüfen.
141 Soziale Stigmata, beispielsweise wenn ein:e Schüler:in eine Klassenstufe
142 wiederholen möchte, sollen hierbei bewusst adressiert werden.
- 143 • dass für die Projekte zur Bekämpfung von Lernlücken und der Förderung der
144 sozial-emotionalen Entwicklung sich künftig neben Lehramtsstudierenden auch
145 andere Studierende, Tätige in der Jugend(verbands)arbeit, in Sportvereinen oder
146 anderweitig zivilgesellschaftlich aktive Menschen engagieren können. Dabei muss
147 der Kinderschutz stets oberste Priorität haben und erfordert stets die Vorlage
148 eines erweiterten Führungszeugnisses. Praxisphasen beispielsweise in
149 sozialpädagogischen Studiengängen könnten im Zuge dessen ausgebaut werden.
- 150 • Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein erfolgreicher Bildungspolitik,
151 deshalb muss sie auch entsprechend gefördert werden. Perspektivisch soll das
152 Land die Kosten der Schulsozialarbeit voll übernehmen.
- 153 • Aktuell muss aber zunächst die sich nachteilig auf die Kommunen auswirkende
154 Festbetragsfinanzierung geändert werden in eine dynamisierte anteilige
155 Drittelfinanzierung durch das Land.
- 156 • Quartiere und Familien mit Flucht- oder Migrationshintergrund in den Fokus zu

- 157 nehmen. Ganz im Sinne des community empowerments wollen wir dabei – wie beim
158 Projekt interkulturelle Brückenbauer:innen – aus dem Betroffenenkreis heraus
159 Unterstützung ermöglichen.
- 160 • die Stärkung der Jugendberufsagenturen und besondere Öffnung für Träger der
161 Jugendhilfe.
 - 162 • dass junge Menschen bei der Ausbildungsfindung und in der Ausbildung unterstützt
163 werden. Wir werden mit Kammern und Arbeitgeberverbänden kurzfristig mehr
164 Praktikumsplätze schaffen. Wo Praktika nicht möglich sind, sollen zusätzliche
165 berufsvorbereitende Kurse als Überbrückung angeboten werden. Durch längere
166 Ausbildungszeiten sollen Lernlücken kompensiert werden.
 - 167 • Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein Bildungsangebot, um die Ausbildungschancen
168 förderungsbedürftiger Jugendlicher zu verbessern. Das Land ist aus der Co-
169 Finanzierung ausgestiegen und des Weiteren werden nur noch Abschlussklassen
170 betreut. Wir fordern, dass das Land umgehend wieder seinen Anteil (25 Prozent)
171 übernimmt und die Berufseinstiegsbegleitung wie zuvor ab Klasse 8 einsetzt.
 - 172 • Die schnelle Umsetzung der staatlichen Ausbildungsgarantie durch die
173 Bundesregierung. Findet ein:e Jugendliche:r keine passende Ausbildung im
174 Betrieb, bekommt sie:er die Möglichkeit, eine Ausbildung in einer
175 außerbetrieblichen Einrichtung zu beginnen. Zum Beispiel in öffentlich
176 finanzierten Lehrwerkstätten. Diese Einrichtungen kooperieren eng mit Betrieben
177 in der Umgebung, wo die Azubis Praxisphasen absolvieren. Das oberste Ziel:
178 Auszubildende an einen Betrieb vermitteln, damit sie ihre Ausbildung dort
179 fortsetzen und beenden können. Ein besonderer Fokus soll hierbei auf Regionen
180 mit einem schlechten Angebot an Ausbildungsplätzen liegen. Die Landesregierung
181 fordern wir auf, die flächendeckende Umsetzung der Ausbildungsgarantie
182 vorzubereiten und dabei alle regionalen Akteur:innen (Schulverwaltungen, Agentur
183 für Arbeit, Betriebe und Gewerkschaften) einzubeziehen.
 - 184 • Außerdem wollen wir das Modell der Verbundausbildung stärken: Wenn Unternehmen
185 eine Ausbildung nicht allein anbieten können, entsenden sie ihre Azubis
186 phasenweise in einen Partnerbetrieb. Dort lernen die Azubis jene Arbeiten, die
187 im eigenen Betrieb nicht vermittelt werden können (wegen fehlender Instrumente,
188 Maschinen etc). Hierdurch steigt der Anreiz für kleinere Unternehmen,
189 Ausbildungsplätze auszuschreiben.
 - 190 • den Ausbau der psychotherapeutischen Beratungsstellen in den Studierendenwerken.
 - 191 • Wir fordern zu prüfen, ob Regelungen der Hochschulen zur Maximalstudienzeit
192 landesweit abgeschafft werden.
 - 193 • VKL-Klassen im Ganztagsbetrieb, damit Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher
194 Herkunftssprache und geringen Deutschkenntnissen auf die Integration in den
195 Regelunterricht oder die Ausbildung vorbereitet werden.
 - 196 • In jeder Vorbereitungsstufe soll eine FSJler*in bzw. eine BfDler*in, wenn
197 möglich und sinnvoll, eingesetzt werden.
 - 198 • eine kultursensible Pädagogik an Kitas und Schulen als Basis eines

199 wertschätzenden gesellschaftlichen Miteinanders.

200 • Zugang zu guter Bildung bleibt weiter essentiell: Wir fordern konsequente Lehr-
201 und Lernmittelfreiheit und Schulen auf der Höhe der Zeit. Letzteres bedeutet,
202 dass wir allen Schüler:innen und Studierenden Zugang zu geeigneter Hard- und
203 Software ermöglichen und insbesondere im ländlichen Raum digitale Angebote
204 ausbauen müssen.

205 • Neue Stellen als Kulturbotschafter*innen werden zunächst als Pilotprojekt
206 geschaffen, um bei der Integrationsarbeit zu unterstützen. Diese müssen als
207 zusätzliche pädagogische Assistent*innen finanziert und eingestellt werden und
208 dürfen nicht mit Lehrer*innen gegengerechnet werden.

209 **Jungen Menschen eine Stimme geben**

210 Kinder und Jugendliche haben in den letzten zwei Jahren die Erfahrung machen müssen,
211 dass politische Entscheidungen getroffen wurden, die ihre Lebenswelt massiv
212 beeinflussen. Sie wurden als Expert:innen für ihre eigene Lebenswelt nicht
213 ausreichend ernstgenommen. Für uns ist klar: Kinder und Jugendliche sind nicht nur
214 Baden-Württembergs Zukunft, sie haben in jeder Lebensphase ein Recht darauf
215 ernstgenommen und mit ihren individuellen Bedürfnissen angehört zu werden.

216 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

217 • die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz: Kinder und Jugendliche haben
218 besondere Bedürfnisse – sie benötigen Schutz, Förderung und das Ernstnehmen
219 ihrer Meinung. Das Kindes- und Jugendwohl muss mehr ins Zentrum der Gesellschaft
220 rücken. Dafür gilt es klar formulierte Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

221 • das aktive Wahlalter für Landtags-, Bundestags-, und Europawahlen auf 16 Jahre
222 abzusenken. Langfristig wollen wir mit Jugendverbänden und Betroffenen in einen
223 Dialog treten, wie wir das Wahlalter sukzessive den gesellschaftlichen
224 Realitäten stärker anpassen können. Ergebnisoffen wollen wir über Jugendquoten
225 und eine weitere Absenkung des Wahlalters bis zur Aufhebung der Altersgrenze
226 diskutieren.

227 • Das passive Wahlalter für Gemeinderats, Kreistags-, Ortschaftsrats- und
228 Bezirksbeiratswahlen auf 16 Jahre abzusenken. Voraussetzung hierfür ist, dass
229 minderjährigen Jugendlichen durch ihr Alter keine Einschränkungen bei der
230 Ausübung ihres Mandats entstehen.

231 • eine Landesjugendstrategie, die Kinder und Jugendliche an sozialen und
232 politischen Entscheidungsfindungen beteiligt. Die im Kinder- und
233 Jugendstärkungsgesetz verankerten Selbstvertretungen können hierfür ein Vorbild
234 sein.

235 • eine Reform des § 41a der baden-württembergischen Gemeindeordnung. Neben der
236 verpflichtenden Beteiligung von Jugendlichen sollen zukünftig auch Kinder bei
237 Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, verpflichtend in
238 angemessener Weise beteiligt werden. Zudem wollen wir auch offene Verfahren der
239 kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung stärken. Zusätzlich wollen wir in
240 Zukunft einen Kontrollmechanismus einführen, mit dem die Umsetzung des §41a der

241 Gemeindeordnung sichergestellt wird.

- 242 • Um die Gemeinden bei der Kinder- und Jugendbeteiligung zu unterstützen, wollen
243 wir ein entsprechendes Landesförderprogramm aufsetzen. Gemeinsam mit den
244 kommunalen Spitzenverbänden wollen wir diskutieren, inwieweit
245 Gemeindeentwicklungsprozesse gemeinsam mit Kindern- und Jugendlichen gestaltet
246 werden können und wie das Land dies finanziell stärker unterstützen kann.
- 247 • Die wertvolle Arbeit und Expertise der Servicestelle Kinder- und
248 Jugendbeteiligung BW fördern wir auch weiterhin und wollen diese bei Bedarf
249 stärker finanziell unterstützen.
- 250 • Die institutionalisierte Vertretung von Kinder- und Jugendinteressen auf
251 Landesebene. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für die Berufung eines/einer
252 Kinder- und Jugendbeauftragte:n ein. Diese:r soll die besonderen Bedürfnisse und
253 Interesse von Kindern und Jugendlichen gegenüber der Landesregierung durchsetzen
254 und als Sprachrohr für die Spitzenverbände der Jugendhilfe und Jugendarbeit
255 fungieren. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei zudem auf der Umsetzung der
256 UN-Kinderrechtskonvention in Baden-Württemberg.
- 257 • Die politische Bildung ist ein Grundpfeiler für eine starke Zivilgesellschaft
258 und ein demokratisches Miteinander. Die Arbeit der Landeszentrale für politische
259 Bildung begrüßen wir daher ausdrücklich. Dabei wollen wir vor allem die
260 regionalen Außenstellen der LpB stärker unterstützen und prüfen, inwieweit diese
261 weiter ausgebaut werden können. Wir fordern zudem eine neue Oberstufenreform,
262 die die Schwerpunktbildung im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich
263 ermöglicht.

264 **Jugendarbeit ermöglichen und stärken**

265 Die Kinder- und Jugendarbeit wurde durch die Corona-Pandemie schwer getroffen. Viele
266 Angebote konnten nicht oder nur in reduziertem Umfang stattfinden. Doch für viele
267 Kinder und Jugendliche ist die außerschulische Jugendarbeit eine wichtige und
268 identitätsstiftende Freizeitbeschäftigung. In Baden-Württemberg wird die Mehrheit der
269 Jugendarbeit vor allem ehrenamtlich getragen. Dieses Engagement wollen wir stärker
270 würdigen und unterstützen.

271 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 272 • eine langfristige, institutionelle und umfangreichere monetäre Förderung der
273 hauptamtlichen Strukturen in der verbandlichen Jugendarbeit. Als
274 Bemessungsgrundlage für die Förderung der Jugendarbeit sollen nicht die von der
275 Corona-Pandemie besonders betroffenen Jahre 2021/2022 dienen. Für die Verbände
276 dürfen die verantwortungsvollen, coronabedingten Absagen von Veranstaltungen
277 nicht zum finanziellen Nachteil werden.
- 278 • Initiativen und Organisationen, die sich besonders um Jugendarbeit bemühen,
279 allerdings über keine hauptamtlichen Strukturen verfügen, wollen wir stärker
280 unterstützen. Dafür soll die Antragstellung für jugendspezifische
281 Landesförderprogramme vereinfacht und entbürokratisiert werden.
- 282 • Analog zur Bildungszeit fordern wir für Schüler:innen, Azubis und Studierende

- 283 ein Recht auf Arbeitsbefreiung für ehrenamtlich relevante Fort- und
284 Weiterbildungen. Für Studierende soll beispielsweise der Erwerb einer JuLeiCa
285 (Jugendleitercard) als Schlüsselqualifikation anerkannt werden.
- 286 • Die JuLeiCa (Jugendleitercard) wollen wir zur Ehrenamtskarte weiterentwickeln.
287 Dabei setzen wir uns dafür ein, dass eine kostenlose Beförderung in Bus und Bahn
288 in Baden-Württemberg möglich ist, wenn JuLeiCa-Inhaber:innen aufgrund des
289 Ehrenamtes unterwegs sind.
 - 290 • ein Landesprogramm zur Förderung von Neugründungen und Reaktivierungen von
291 Jugendhäusern und öffentlichen Rückzugsräumen für Kinder und Jugendliche.
 - 292 • Förderung von Digitalseminaren auch über 2022 hinaus.
 - 293 • Freiwilligendienste stärken und fördern. Hier braucht es einen
294 nachfragegerechten Ausbau der Plätze der Freiwilligendienste.
 - 295 • Unterstützung und Förderung bei zusätzlichen Angeboten der Jugend- und
296 Sportverbände, sowie Musikschulen und Kultureinrichtungen
 - 297 • Unterstützung von Mehrgenerationenhäusern: Mithilfe der MGH können Kinder und
298 Jugendliche bei der Aufarbeitung von Entwicklungsrückständen und der Stärkung
299 ihrer sozialen Kompetenzen unterstützt werden.

300 **Kinderarmut konsequent bekämpfen**

301 Deutschland ist immer noch einer der OECD-Staaten, in denen die Entwicklungschancen
302 eines Kindes maßgeblich von seinem Elternhaus abhängen. Die Schaffung gleichwertiger
303 Lebensverhältnisse und die konsequente Bekämpfung von Kinderarmut hat für uns als
304 Sozialdemokrat:innen oberste Priorität. Corona hat gezeigt, wie zahlreiche Maßnahmen
305 insbesondere ökonomisch schwächer gestellte Familien besonders hart getroffen haben.
306 Wir wollen, dass kein einziges Kind in Baden-Württemberg mit leerem Magen seinen
307 Schulalltag bestreiten muss, an Ausflügen oder Freizeitaktivitäten nicht teilnehmen
308 kann oder an seiner Selbstverwirklichung zweifelt. Wir setzen uns für einen starken
309 Sozialstaat als Partner ein, der kein Kind in Armut zurücklässt. Wir wollen
310 Kinderarmut konsequent bekämpfen und den Fokus auf die Chancen und Teilhabe aller
311 Kinder und Jugendlichen legen.

312 Der Staat muss helfen, soziale Folgen abzufedern. Jede*r soll das eigene Leben frei
313 und selbstbestimmt gestalten können und die gleichen Chancen haben. Deshalb ist es
314 wichtig, sich auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen Unterstützung besonders
315 gebraucht wird. Zudem muss bereits in der Kita und Schule der Grundstein für die
316 gerechten Teilhabechancen gelegt werden. Nur so können Familien gestärkt und Kinder
317 aus der Armut geholt werden.

318 Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg:

- 319 • die Einführung der Kindergrundsicherung: Diese Grundsicherung wird die
320 bisherigen finanziellen Unterstützungen für Kinder bündeln, also das Kindergeld,
321 den Steuerfreibetrag, aber auch andere Leistungen, die oft von ärmeren Familien
322 nicht in Anspruch genommen werden, weil sie sich schämen zum Amt zu gehen oder
323 weil die Antragstellung zu kompliziert ist. Mit der Kindergrundsicherung werden
324 bürokratische Hürden abgebaut und keine Familie muss in eine Situation gebracht

- 325 werden, beschämt um Leistungen zu bitten. Die Grundsicherung wird aus zwei
326 Komponenten bestehen: Einem Garantiebeitrag, den alle erhalten und einem
327 gestaffelten Zusatzbeitrag, der abhängig vom Einkommen der Eltern ausbezahlt
328 wird. Das heißt, Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen erhalten
329 automatisch mehr Geld. Bis zur tatsächlichen Einführung der Kindergrundsicherung
330 bedarf es eines Sofortzuschlags, der von Armut betroffenen Kindern, die Anspruch
331 auf Leistungen gemäß SGB II, SGB XII oder Kinderzuschlag haben, abgesichert
332 werden. Die Leistung muss das soziokulturelle Existenzminimum abdecken.
- 333 • Reform des BAföGs für einen gleichberechtigten Zugang zu Studium und Ausbildung
334 unabhängiger von den Eltern. Die Fördersätze, die Freibeträge und die
335 Wohnpauschale müssen dynamisiert werden und dem realen Bedarf und den
336 tatsächlichen Lebensverhältnissen der Auszubildenden und Studierenden angepasst
337 werden. Das BAföG muss altersunabhängig und elternunabhängig werden, es muss
338 wieder als Vollzuschuss ausgezahlt werden. Der elternunabhängige Garantiebetrag
339 im Rahmen der Kindergrundsicherung soll direkt an volljährige
340 Anspruchsberechtigte in Ausbildung und Studium ausgezahlt werden. Nur so kann
341 garantiert werden, dass die Unterstützung direkt bei den Auszubildenden oder
342 Studierenden ankommt.
 - 343 • Stärkung von Kitas, Schulen und sonstigen Angebote der Bildung und Teilhabe: Die
344 Grundlage dafür, dass die Chancen für alle gleich verteilt sind und jede*r die
345 gleichen sozialen Aufstiegschancen hat, wird bereits in der Kita und Schule
346 gelegt.
 - 347 • Besondere Stärkung von Schulen mit einem hohen Anteil finanziell benachteiligter
348 Schülerinnen und Schüler: Damit Kinder unabhängig von der sozialen Lage ihrer
349 Eltern bessere Bildungschancen bekommen.
 - 350 • Sprachliche Bildung und Förderung in der Kindertagesbetreuung: weil Sprache „der
351 Schlüssel zu Welt“ ist.
 - 352 • Unterstützungsangebote für Familien in belasteten Lebenslagen mit Kindern bis
353 drei Jahre, die für die Familien kostenfrei und ohne Antrag erhältlich sind,
354 z.B. in Form von Familienpaten, längerfristige Begleitung durch
355 Familienhebammen, digitale Beratungsangebote sowie Angebote der „frühen Hilfen“.
 - 356 • Kinderfreizeitbonus für Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien und
357 Familien mit kleinen Einkommen, der individuell für Ferien-, Sport- und
358 Freizeitaktivitäten eingesetzt werden kann. Denn für die Entwicklung der Kinder
359 sind vor allem auch außerschulische und soziale Aktivitäten wichtig, für die
360 jede und jeder die gleichen Chancen auf Teilhabe und freie Wahl haben sollte.
361 Wichtig ist dabei die Etablierung dauerhafter und unbürokratischer Angebote für
362 Lernförderung und soziokulturelle Teilhabe
 - 363 • Flächendeckender Ausbau von Ganztags-Kitas und Ganztagschulen. Insbesondere
364 durch die rhythmisierte Ganztagschule mit pädagogischem Konzept und
365 ausgebildeten Lehrkräften wird ein Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit
366 geleistet. Durch ergänzende Angebote von Vereinen wie Sport oder Musikunterricht
367 werden wieder Zugänge geschaffen, die in der Pandemie zurückgefahren waren.

- 368 • kostenfreie Mittagessen in Schulen und Kindertageseinrichtungen.
- 369 • Die Einberufung eines Bildungsgipfels, auf dem sich Bund, Länder, Kommunen,
370 Wissenschaft und Zivilgesellschaft über neue Formen der Zusammenarbeit und
371 gemeinsame ambitionierte Bildungsziele verständigen sowie das Einsetzen einer
372 Arbeitsgruppe, die die Zusammenarbeit strukturiert und verbessert und das
373 Erreichen der Ziele sichert.
- 374 • Förderung von Familienerholungen. Das Land hat Zuschüsse für Familienerholung
375 abgeschafft. Das gilt es wieder rückgängig zu machen. Nicht nur, aber gerade
376 auch die Zeit der Pandemie hat insbesondere Familien mit Kindern vor besondere
377 Herausforderungen gestellt. Nicht jede Familie kann sich jedoch einen
378 Erholungsurlaub leisten. Deshalb ist es wichtig, Familien mit geringem Einkommen
379 die Möglichkeit zu geben, kostengünstig Zugang und Anspruch auf einen Aufenthalt
380 in einer Erholungsstätte zu ermöglichen.
- 381 • Damit ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Familien vorhanden ist, wollen wir
382 verstärkt Quartiersentwicklung mit Geschosswohnungsbau vorantreiben. Wir sorgen
383 für Naherholungsqualität für Kinder und Jugendliche durch Spielplätze,
384 Sportangebote, Freiflächen und Begegnungsmöglichkeiten.
- 385 • Die stärkere Förderung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende und
386 Studierende. Weiterhin verfolgen wir das Ziel, bis zum Jahr 2030 für mindestens
387 20% der Studierenden Wohnheimplätze zur Verfügung stellen zu können. Analog zu
388 Studierendenwohnheimen braucht es geförderte Wohnheime für Auszubildende.
- 389 Kinder und Jugendliche verdienen es, im Mittelpunkt unserer Politik zu stehen.

Antrag Ki&Ju 03: Schulsanierung – mehr als eine reine Baumaßnahme!

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in Fassung der Antragskommission
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	Ki&Ju - Kinder und Jugendliche

1 Schulsanierung – mehr als eine reine Baumaßnahme!

2 Einleitung

3 Viele Schulen in Baden-Württemberg sind in einem verheerenden Zustand. Fenster und
4 Dächer sind undicht, die Sanitäreanlagen in unzumutbarem Zustand und die grundlegenden
5 Ausstattungen nicht vorhanden. Durch den Digitalpakt wurde die Digitalisierung in
6 Schulen vorangetrieben, jedoch stehen nun hochmoderne Geräte in unsanierten Räumen
7 und die Ausstattung mit W-Lan ist immer noch nicht flächendeckend vorhanden. Während
8 der Bau von neuen Schulen umfassend gefördert wird, hat die Sanierung von Schulen bis
9 heute keine Priorität in Baden-Württemberg. Das muss dringend geändert werden. Wir
10 fordern daher eine Anpassung der Schulbauförderrichtlinien und die Bereitstellung
11 ausreichender Finanzmittel, um auf den tatsächlichen Sanierungsbedarf an unseren
12 Schulen zu reagieren.

13 Schulsanierung in den 2020er-Jahren muss auch die energetische Sanierung und das
14 klimaneutrale Heizen in den Blick nehmen. Schulen können auch klimaneutrale
15 Heizzentralen für angrenzende Wohnquartiere sein. Photovoltaik auf unseren
16 Schuldächern muss selbstverständlich sein.

17 Wir fordern, dass der Fördertatbestand der Generalsanierung, also sowohl Sanierung
18 als auch Modernisierung, wieder in die Schulbauförderung aufgenommen wird. Die
19 Sanierung kompletter Schulgebäude stellt die Kommunen vor sehr große finanzielle
20 Herausforderungen. Die aktuelle Förderpolitik führt dazu, dass Abriss und Neubau für
21 die Kommunen wirtschaftlicher sein kann als die Sanierung. Hier werden falsche
22 Anreize gesetzt. Wir fordern das Land auf, die aktuellen Berechnungssätze für den
23 zuschussfähigen Bauaufwand an die gestiegenen Baukosten anzupassen und zu indizieren.
24 Die derzeit zugrunde gelegten Berechnungsgrundlagen sind überholt.

25 Darüber hinaus fordern wir, folgende Schwerpunkte zu setzen:

26 Förderung der Sanierung von Sanitäreanlagen als erste Maßnahme

27 Der schlechte bauliche Zustand vieler Schultoiletten und sanitären Anlagen wurde
28 durch die verstärkten Hygienemaßnahmen in der Corona-Pandemie überdeutlich. Solche
29 Zustände sind unhaltbar. Deswegen fordern wir ein Sonderprogramm zur Sanierung
30 schulischer Sanitäreanlagen mit dem Ziel, innerhalb von zehn Jahren alle Schulen im
31 Land abzudecken.

32 Nach Erreichen dieses Ziels ist die Sanierung der Sanitärmaßnahmen in ausreichendem

33 Maß dauerhaft in den Schulbauförderrichtlinien zu verstetigen.

34 **Anpassung der Raumprogramme**

35 Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschüler:innen sind
36 bauliche Maßnahmen nötig. Das Raumprogramm einer Ganztagschule oder der
37 Schulkindbetreuung über das Mittagsband hat andere Bedarfe als das einer
38 Halbtagschule. Um einen guten Ganztagsbetrieb von Anfang an zu gewährleisten, muss
39 das Raumprogramm stimmen und auch den Bedarfen der Schulkindbetreuung gerecht
werden.

40 Deswegen fordern wir eine sofortige Erhöhung der Fördermittel zum Umbau von Schulen
41 zu Ganztagschulen bzw. Schulen mit Ganztagesangebot, um den aktuell erhöhten Bedarf
42 bedienen zu können.

43 **Förderung barrierefreier Umbauten**

44 Barrierefreiheit an Schulen wird bislang vor allem im Zuge umfassender
45 Sanierungsmaßnahmen hergestellt. Um auch Schulen, an denen keine großen
46 Sanierungsmaßnahmen anstehen, barrierefrei machen zu können, muss dieser
47 Fördertatbestand in den Schulbauförderrichtlinien deutlicher hervorgehoben werden.

48 **Förderung von Einbau und Modernisierung von Schulküchen**

49 Immer mehr Kinder nehmen in der Schule an Mahlzeiten teil. Nur die wenigsten Schulen
50 verfügen über eine adäquate Ausstattung. Auch hier bedarf es einer Anpassung der
51 Förderrichtlinien, um Kommunen in die Lage zu versetzen, in ihren Schulen gesundes
52 und regionales Essen ohne unnötige Transportwege durch Essenslieferung anbieten oder
53 Essen im Rahmen des Cook / Chill Verfahrens zubereiten zu können.

54 **Raumlufttechnische Anlagen und Klimatisierung**

55 Der Einbau stationärer Anlagen zur Belüftung der Klassenzimmer muss bei
56 Schulsanierungen verpflichtend werden. Gut durchlüftete Klassenzimmer werden auch
57 nach der Corona-Pandemie Standard sein. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die
58 Schulbaurichtlinie dahingehend geändert wird, dass raumlufttechnische Anlagen in
59 Zukunft zum Standard in Schulen gehören.

60 **Notfall- und Gefahren-Reaktions-System (NGRS)**

61 Die Notwendigkeit moderner Notfall- und Gefahren-Reaktions-System wird uns in
62 regelmäßigen Abständen schmerzhaft vor Augen geführt. Diese Anlagen können nicht nur
63 vor Vorfällen an Schulen, sondern z.B. auch vor Naturkatastrophen warnen. Daher
64 gehören sie für uns zur Grundausstattung einer Schule und müssen nicht nur bei
65 Neubauten, sondern auch bei Grundsanierungen zukünftig zwingend eingebaut werden.

66 **Förderung der Sanierung von Sportflächen und Schulhöfen**

67 Die Corona-Pandemie hat bei vielen Kindern zu Bewegungsarmut geführt. Die ohnehin
68 hohe Anzahl an Nichtschwimmer:innen unter Kindern und Jugendlichen ist nochmals
69 gestiegen. Demgegenüber stehen veraltete Schulsportanlagen und marode (Schul)Bäder.
70 Die Mittel für die Sanierung von Sport- und Schwimmflächen im Landeshaushalt sind
71 alles andere als ausreichend. Wir fordern für beide Bereiche eine Offensive, um einen
72 zügigen Abbau des Sanierungsstaus zu erreichen. Zudem ist es notwendig, dass
73 Schulhöfe entsprechend bewegungsorientiert gestaltet und dazu Mittel bereitgestellt

74 werden.

75 **Finanzierung**

76 Uns ist wichtig, die Fördermittel des Landes für Schulsanierung nachhaltig zu
77 erhöhen. Der Umbau unserer Schulen ist eine Aufgabe, die die Kommunen über Jahrzehnte
78 beschäftigen wird. Kurzfristige Sonderprogramme, mit denen nur ein Bruchteil der
79 sanierungsbedürftigen Schulen erreicht wird, werden den großen Herausforderungen in
80 der Schulbausanierung nicht gerecht. Daher fordern wir eine Verstärkung der
81 Mittelbereitstellung in den entsprechenden Haushaltstiteln des Landeshaushalts mit
82 einer Förderquote von 75%. Darüber hinaus ist es erforderlich, Programme zu
83 erarbeiten, die es auch finanziell schwächer gestellten Kommunen erlauben, Schulen in
84 erforderlichem Maß zu sanieren und zu modernisieren.

Antrag Ki&Ju 04: Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Landesverfassung von Baden-Württemberg verankern

Antragsteller*in:	KV Waldshut
Status:	angenommen in der Fassung der Antragskommission
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ki&Ju - Kinder und Jugendliche

- 1 **Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Landesverfassung von Baden-**
- 2 **Württemberg verankern**
- 3 Um Kindern und Jugendlichen schon formal mehr Gehör zu verschaffen, fordern wir die
- 4 Verankerung ihrer Beteiligungsrechte in der Landesverfassung von Baden-Württemberg.
- 5 Die Beteiligungsrechte sollen Pflichtaufgabe des Landes werden, worunter auch eine
- 6 Darlegungspflicht fällt, wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- 7 durchgeführt wurde.